

Den Druck erhöhen

Debatte um Essener Tafeltar

Ulrich Schneider

Angesichts der aktuell zum Teil sehr heftig geführten Diskussion um die Arbeit der Tafeln ist es Zeit, den Kern des Problems ins Zentrum zu rücken: Die Ursache für die Überlastung der Tafeln ist die wachsende Armut in diesem reichen Land. Die Leistungen in der Alterssicherung, bei Hartz IV oder im Asylbewerberleistungsgesetz sind ganz einfach zu gering bemessen, um auch nur halbwegs über den Monat zu kommen. Bereits vor 2015 stieg die Anzahl der Tafeln und derjenigen, die ihre Dienste in Anspruch nehmen mussten, rasant. Armutspolitische Probleme, von der Wohnungsversorgung über den Arbeitsmarkt bis zu unzureichenden Sozialleistungen, gab es schon, bevor viele Menschen zu uns flüchteten. Diese brachten die bestehenden Defizite in der Armutsbekämpfung allerdings endlich auf die Agenda. Dass Menschen, egal welcher Herkunft, überhaupt die Leistungen der Tafeln in Anspruch nehmen müssen, ist Ausdruck politischen Versagens. Es kann aber nicht sein, dass jetzt arme Menschen gegeneinander ausgespielt werden.

Die Leistungen der Tafeln helfen, das Existenzminimum abzusichern und Ernährung sicherzustellen. Die Sicherung des Existenzminimums ist allerdings Aufgabe des Staates. Sie kann und darf nicht auf die Zivilgesellschaft abgewälzt werden. Darauf hat bereits 2010 das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil ausdrücklich hingewiesen. Zivilgesellschaftliches Engagement zur Bekämpfung von Armut ist wertvoll und unverzichtbar. Aber: Was die Sicherstellung und die Garantie des sächlichen Existenzminimums anbelangt, darf es keine systematische Rolle spielen. In einem Sozialstaat darf niemand auf Lebensmittelspenden angewiesen sein.

Die Regelsätze in Hartz IV und Sozialhilfe müssen endlich auf ein bedarfsgerechtes und existenzsicherndes Niveau angehoben werden – nach Berechnungen des Paritätischen um mindestens 30 Prozent. Dies muss auch für die Leistungen für Asylbewerber gelten, die bisher sogar noch niedriger sind.

Hier kann man der noch jungen »Groko« Kritik nicht ersparen. Zu Hartz IV findet sich im Koalitionsvertrag kein müdes Wort, Regelsätze sind überhaupt kein Thema. Die sogenannte Grundrente wird kaum jemand erhalten, und auch die vielgepriesenen Verbesserungen beim Kinderzuschlag erreichen nicht eine zusätzliche Alleinerziehende in Hartz IV. Es gibt eine Reihe von Verbesserungen – beispielsweise bei BAföG oder Wohngeld –, doch sind andere Maßnahmen, wie etwa Hilfen für Langzeitarbeitslose oder der soziale Wohnungsbau, eklatant unterfinanziert.

Im Bündnis mit über 30 Organisationen werden wir den Druck auf die Bundesregierung erhöhen, der Armutsbekämpfung deutlich höhere Priorität einzuräumen. Wir sind uns sicher, dass wir eine zivilgesellschaftliche Bewegung für einen starken Sozialstaat auslösen können.

Ulrich Schneider ist Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

<https://www.jungewelt.de/artikel/328557.den-druck-erhoehen.html>